

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Verfahren gegen deutsche politische Stiftung einstellen – Demokratisierungsprozess in Ägypten fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutschen politischen Stiftungen engagieren sich für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Das sind Grundwerte, nach deren Achtung auch die Menschen in Ägypten und in der gesamten arabischen Welt streben.

Die Stiftungen sind wichtige Partner und wertvolle Mittler bei politischen Reformprozessen. Seit Jahren arbeiten sie mit den Menschen in der Region zusammen. Sie spielen eine wichtige Rolle in der 2011 ins Leben gerufenen Transformationspartnerschaft mit den Ländern Nordafrikas. Die Mittel, die die Bundesregierung zur Förderung des Demokratisierungsprozesses und unabhängiger Medien bereitgestellt hat, fließen zu großen Teilen in Projektarbeit der deutschen politischen Stiftungen. Eine politische Einflussnahme auf die Projektarbeit der Stiftungen durch die Bundesregierung findet nicht statt. Deutsche Stiftungsarbeit ist in ihrer Arbeit politisch unabhängig und nur an Recht und Gesetz sowie die Stiftungsrichtlinien gebunden.

Seit langem fördern deutsche politische Stiftungen die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist dort seit mehr als 30 Jahren tätig. Am 6. Februar 2012 wurde von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde.

Der Deutsche Bundestag verurteilt dieses Vorgehen der ägyptischen Behörden. Die Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft gegenüber der Stiftung sind haltlos. Das Vorgehen der ägyptischen Behörden verletzt aus Sicht des Deutschen Bundestages rechtstaatliche Prinzipien wie Vertrauensschutz und Verhältnismäßigkeit. Dieser Umgang mit einer deutschen politischen Stiftung ist vollkommen inakzeptabel. Er widerspricht dem Geist der Berliner Erklärung, durch die am 12. August 2011 die deutsch-ägyptische Transformationspartnerschaft begründet wurde.

Die Transformation in Ägypten ist in einer wichtigen Phase, in der Deutschland und Ägypten nach Kräften zum Wohl der Menschen zusammenarbeiten wollen und daher gemeinsam nach einer schnellen Lösung suchen sollten.

Die Anklage gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung ist umso unverständlicher, als Deutschland sich umfassend, auch finanziell, und stets in Absprache mit der ägyptischen Seite für den demokratischen Wandel in Ägypten

ten engagiert. Auf europäischer Ebene hat Deutschland mit besonderem Einsatz die friedliche Revolution in Ägypten unterstützt. Bilateral will Deutschland Schulden Ägyptens in Höhe von 240 Mio. Euro umwandeln, die in Entwicklungsprojekte fließen sollen. Daneben stellt Deutschland 140 Mio. Euro für den Aufbau demokratischer und rechtstaatlicher Strukturen in der gesamten Region zur Verfügung, von denen Ägypten maßgeblich profitiert. Die durchführenden Stiftungen, die seit langem das Vertrauen ihrer Partner genießen, gewährleisten volle Transparenz bei ihren Projekten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, dass das Verfahren gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten umgehend eingestellt wird und die deutschen politischen Stiftungen ihrer Arbeit ohne Einschränkungen und ungehindert nachgehen können;
2. gegenüber allen Verantwortlichen die besondere Bedeutung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen für einen erfolgreichen Transformationsprozess in Ägypten hervorzuheben;
3. unmissverständlich klar zu machen, dass für Deutschland die freie Betätigung der deutschen politischen Stiftungen von großer Bedeutung ist für die weitere Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens;
4. den Bundestag kurzfristig über ihre entsprechenden Aktivitäten und die erzielten Ergebnisse zu unterrichten.

Berlin, den 7. Februar 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion